

Bloss nicht das Problem benennen: Was in der Migrationsdebatte schief läuft

Badi-Vorfälle in Basel Eine Gruppe junger Männer mit nordafrikanischem Hintergrund verstösst gegen die Regeln, und wir winden uns um klare Worte.

Katrin Hauser

Die Basler Behörden wollen partout nicht sagen, dass sich eine Gruppe junger Männer mit nordafrikanischem Hintergrund in der Badi danebenbenimmt. Der Leiter Gartenbäder betont im Interview mit dieser Redaktion stattdessen krampfhaft, dass andere Bevölkerungsgruppen bei 36 Grad auch gereizt seien. Es ist nicht das erste Mal, dass man sich bei solch einem Gespräch in einer verschworenen Gemeinschaft wähnt, in der alle so tun, als wüssten sie nicht, um was es eigentlich geht. Obwohl sie es genau wissen.

Der Eiertanz des Basler Erziehungsdepartements zeigt exemplarisch auf, was in der Migrationsdebatte schief läuft. Statt die Probleme zu benennen, versucht man, sie gegenüber der Öffentlichkeit kleinzuhalten. Währenddessen werden die Probleme immer grösser, und die Öffentlichkeit merkt das.

Die idyllische Kleinstadt Pruntrut im Jura, 6600 Einwohner, sah sich kürzlich derart überfordert, dass sie entschieden hat, fortan keine Franzosen mehr in die Badi zu lassen. Touristen und Grenzgänger ausgenommen. Auslöser für diesen Entscheid ist eine Gruppe Jugendlicher, die sich «auf zum Teil unaussprechliche Weise» verhielt, so der zuständige Bürgermeister. Die Jugendlichen hätten gepöbelt, gedroht, junge Frauen belästigt und bis zum Auto verfolgt. «Wir mussten in wenigen Tagen 23 Personen Hausverbot erteilen – 20 von ihnen Franzosen, viele mit Vor- und Nachnamen ausländischer Herkunft.»

Das ist zweifellos schwierig. Ob es eine gescheite Lösung ist, keine Franzosen mehr in die Badi zu lassen, ist indes fraglich. Abschottung und die Idee, einzelne Nationalitäten auszuschliessen, passen nicht zu unseren Werten. Ebenfalls nicht zu unseren Werten passt, was sich die jungen Männer erlauben. In den letzten Wo-



Seit einiger Zeit patrouilliert Sicherheitspersonal in den Basler Schwimmbädern Joggeli und Bachgraben. Foto: Kostas Maros

chen ist die Baselbieter Polizei rund zehnmal ins Gartenbad St. Jakob ausgerückt. Bei einem Einsatz Ende Juni fuhren fünf Patrouillen auf, weil man «Präsenz markieren» musste. Die mutmasslichen Übeltäter sind gemäss Polizei «oftmals, aber nicht immer, französische Staatsbürger mit nordafrikanischem Hintergrund».

Die Vorfälle, derentwegen die Polizei ausrücken musste – Diebstahl, Streit, Hausfriedensbruch –, sind gar nicht so schlimm. Die «Ich lass mir nichts sagen»-Haltung hinter diesen Vorfällen indes können wir nicht dulden. Seit einiger Zeit patrouilliert Sicherheitspersonal im Joggeli und im Bachgraben. Das ist nötig, weil Badmeister von schwächlicher Statur von renitenten Gästen nicht respektiert werden. Badmeisterinnen nehmen sie schon gar nicht ernst.

In einem Kanton, der ein Pionier sein möchte in der Gleichstellung, wirkt das schräg. Es ist noch nicht lange her, da diskutierte die Politik darüber, die Kategorien «Mann» und «Frau» ganz aus dem Gleichstellungsgesetz zu löschen. Man ging offenbar davon aus, das binäre Geschlechterkonzept wäre bald überwunden. Geschlecht – eine Illusion von Hinterbänklern.

Während die Gleichstellungsbeauftragten nun in ihrem Büro am Marktplatz an Präventionsbroschüren tüfteln, patrouillieren fünf Kilometer entfernt im Joggeli die starken Männer, weil Frauen nicht ernst genommen werden. Hier verkommt die Gleichstellung zur Illusion. Die Welten klaffen derart auseinander, dass es wehtut.

Aktivistisch gesinnten Personen gelingt es regelmässig, ein

Das Benehmen der Delinquenten kommt nicht daher, dass sie eine bestimmte Hautfarbe haben oder von einem bestimmten «Blut» sind.

Klima zu schaffen, in dem Angst haben muss, als Rassist zu gelten, wer dieses Thema offen anspricht. Das läuft teilweise subtil ab. Wer es in dezidiert linken Kreisen wagt, zu sagen, dass Migranten aus bestimmten Herkunftsländern in der Kriminalstatistik stark übervertreten sind, erntet erst einmal peinlich berührte, bis

schockierte Blicke. Fortan betrachten einen die Leute dann nicht mehr als geeignete Gesprächspartnerin zu diesem Thema – so, als würde man die tieferen Zusammenhänge nicht begreifen.

Tatsächlich ist es aber weder dumm noch rassistisch, darauf hinzuweisen, dass Männer aus Marokko, Tunesien, Algerien, dem Irak oder auch Afghanistan in unseren Kriminalitätsstatistiken stark überrepräsentiert sind (und zwar nicht nur, was Verstösse gegen das Ausländergesetz betrifft).

Mit «Rasse» hat das nichts zu tun. Das Benehmen der Delinquenten kommt nicht daher, dass sie eine bestimmte Hautfarbe haben oder von einem bestimmten «Blut» sind, um diese schaurigen völkischen Klischees zu bemühen. Es sind Faktoren wie die verrohte,

patriarchale Kultur, in der jemand aufwächst, der niedrige Bildungsstand und die Perspektivlosigkeit, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass einer kriminell wird.

Leider sieht sich, wer das benennt, oftmals mit einem gigantischen Eifer konfrontiert, die Welt anders darzustellen, als sie ist – so nämlich, wie es zum in Ideologie erstarrten Weltbild des Gegenübers passt.

Die deutsche Stadt Büren liess diesen Sommer Plakate in einem Schwimmbad aufhängen, mit denen sie für Grenzüberschreitungen sensibilisieren wollte. Dabei entstand ein Plakat, das eine Frau zeigt, die einem Jungen mit dunkler Hautfarbe und Beinprothese im Schwimmbecken an den Po fasst. Gemäss der deutschen Zeitung «Welt» verteidigte die Stadt Büren die Kampagne mit den Worten, man habe «gezielt Stereotype vermeiden» wollen.

Die statistische Realität zu verdrehen, um den Leuten vorzumachen, es sei in Wahrheit so, dass der junge Mann aus Nordafrika in aller Regel das Opfer sexueller Übergriffe sei, verstärkt das Gefühl mancher Leute, dass man sie anlügt. Es verstärkt den Unmut. Und letztlich die Wählerbasis der Alternativen für Deutschland (AfD), die vom «Wir gegen die»-Denken lebt.

Die Motivation der Behörden, Probleme zu verschleiern, ist vielleicht gut gemeint. Sie wollen die Stimmung nicht weiter aufheizen. Sie möchten den Rassismus bekämpfen, was ein wichtiges Anliegen ist. Ihn auf Kosten der Transparenz zu bekämpfen, wird aber nie funktionieren.

Viel besser wäre es doch, wir könnten über Lösungsansätze diskutieren – darüber, wie man verrohte junge Männer dazu bewegt, sich an unsere Regeln zu halten –, statt immer noch die scheinheilige Debatte zu führen, ob wir überhaupt ein Problem haben.